Völkischer Beobachter

und Deutschwirtschaftszeitung

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag, Samstag. Bezugspreis: Jährlich 40 M., halbjährl. 20 M., vierteljährl. 10 M. Postscheckkonto München 11346. Einzelpreis 30 Pf.

Geschäftsstelle: Thierschstr. 15, Fernruf 20647. Geschäftszeit 8—4. Samstag 8—1 Uhr. — Sprechstunde der Geschäftsleitung 9—11 Uhr. Schriftleitung: Schellingstr. 41. Fernruf 20647. Sprechstunde Montag mit Freitag 4—5 Uhr.

Anzeigenpreis: die 30 mm breite Grundzeile für Geschäftsanzeigen brutto M. 1.30 mit entsprechenden Nachlässen. Reklamezeile M. 5.— Finanzanzeigen netto M. 1.20. Familienanzeigen 80 Pf. Kleine Anzeigen (Stellengesuche usw.) 70 Pf.

Süddeutscher Beobachter / Münchener Beobachter / Deutschvölkischer Beobachter

Nummer 31 — München, Dienstag, den 13. Ostermond (April) 1920 — 34. Jahrgang

F. M. J. Rehse Archiv und Museum f. Zeitgeschichte München

Der Weg zur Rettung!

Aus dem Inhalt.

Der Weg zur Rettung.
Im Ernstfall.
Gegen die Auflösung der Einwohnerwehr.
Ausländer oder Rassefremde?
Jüdische Frontsoldaten.
Deutschvölkische Weltanschauung.
Der Kampf gegen den „Völkischen Beobachter".

Der Weg zur Rettung.

Die preußische Regierung hat bereits die notwendigen Anordnungen getroffen, um die Einwohnerwehren aufzulösen. In Süddeutschland dagegen haben die Regierungen mit Ernst und Nachdruck auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die sich einem solchen Schritt entgegenstellen. Erfreulicherweise haben auch verschiedene Gruppen der Einwohnerwehren, und vor allem hat auch der verdiente Leiter der bayerischen Einwohnerwehr, klipp und klar erklärt, einer Aufforderung nach Auflösung der Wehren könne nicht stattgegeben werden.

Bereits aber machen sich in einer gewissen Presse Stimmen geltend, die von der Auflösung der Einwohnerwehren als einem unvermeidlichen Ereignis sprechen. So schreibt z. B. die „Münchner Neueste Nachrichten" in Nr. 149 vom 10. April: „Demnach erscheint uns nur der andere Weg offen zu bleiben, der auch **unbedingt beschritten werden muß: Auflösung der Einwohnerwehren** unter gleichzeitiger Schaffung eines vollwertigen Ersatzes, der aber so organisiert sein muß, daß er auch bei böswilligster Auslegung nicht als im Widerspruch mit dem Friedensvertrag stehend bezeichnet werden kann."

Damit haben wir den Punkt berührt, der von größter Bedeutung ist, nämlich die Frage: Wer verlangt denn eigentlich die Auflösung der Einwohnerwehr?

Hierauf gibt die Judenpresse samt ihren zahllosen Anhängseln in erster Linie die Antwort: Unsere auswärtigen Feinde. Das ist unwahr. Wegen der Forderungen unserer Feinde hätte die preußische Regierung nicht mit so affenartiger Geschwindigkeit die Auflösung verfügen brauchen. Diese haben schon manches Tolle gefordert und haben hinterher Wasser in den Wein gegossen. Mit diesem Vorschieben Frankreichs wird die Sachlage nur verschleiert. Wir verweisen auf unseren Leitaufsatz in voriger Nummer 30, wo wir ausführten, daß am 8. April der „Vorwärts" triumphierend berichten konnte, daß die Zeitfreiwilligen- und Einwohnerwehren sofort aufgelöst und nur Ortswehren nach den von den Arbeiterorganisationen gebrachten Vorschlägen eingerichtet würden.

Also kein Wort von dem Verlangen der Franzosen, kein Wort von feindlichem Druck! Nichts von alledem. Ausschlaggebend ist einzig und allein das Verlangen der unter Bruch der Verfassung aufgerichteten Berliner Nebenregierung.

Dieser Gesichtspunkt ist in einer von der Einwohnerwehr Münchens an den Hrn. Ministerpräsidenten gerichteten Eingabe nicht berührt. Diese Eingabe hat folgenden Wortlaut:

Leitung der Einwohnerwehr München.

München, den 8. 4. 1920.

An den Herrn Ministerpräsidenten, Euer Exzellenz!

Die Mitteilungen der heutigen Tagespresse über das Verlangen der Entente, die EW. unverzüglich aufzulösen, hat außerordentliche Beunruhigung und Besorgnis bei allen Wehrmännern hervorgerufen. Die Leitung sah sich deshalb veranlaßt, den Stadtausschuß mit den Vertretern sämtlicher Bezirke zu einer sofortigen Stellungnahme einzuberufen. Die im Hofbräuhaus tagende Versammlung faßte einstimmig nachfolgende Entschließung:

„Die Regierung wolle mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dahin wirken, daß dem Verlangen der Entente unter keinen Umständen stattgegeben wird.

Die allgemein anhaltende Unsicherheit im Innern des Landes erfordert gebieterisch im Interesse des deutschen Volkes und des Vaterlandes die Beibehaltung der Einwohnerwehren. Sie bürgen mit für die Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Innern. Die Erfahrung hat genügend gezeigt, daß die uns noch zustehende Militär- und Polizeimacht mitsamt den Einwohnerwehren zur allernötigsten Sicherung des Volkes und Landes kaum ausreichen.

Die Einwohnerwehr weist es von sich, von seiten der Entente als eine im Widerspruch mit dem Friedensvertrag stehende Organisation beurteilt zu werden. Ihre Aufgabe, ihre Zusammensetzung und ihr Auftreten beweisen dies zur Genüge.

Mit uns wird sich die Regierung nicht im unklaren sein, welche schrecklichen Zustände über Land und Volk hereinbrechen würden, wenn dem Verlangen der Entente nicht ein entschiedenes Nein entgegengestellt wird.

Der Stadthauptmann:

gez.: Kühner mit Deputation.

So erfreulich diese Kundgebung ist, so fehlt unserem Erachten eine Erklärung: die nämlich, daß die Mitglieder der Einwohnerwehr unter gar keinen Umständen die Waffen abgeben würden.

Hierin liegt die Entscheidung; in dieser Richtung ist die einzige Möglichkeit der Rettung. Wenn die Auflösung der Einwohnerwehr doch in irgendwelcher Form durchgeführt werden sollte, so muß unter allen Umständen **unbeugsamer, passiver Widerstand von allen** geleistet werden. Mit offenem Aufruhr ist nichts zu machen — passiver Widerstand ist die einzige Waffe, die der Einwohnerwehr bleibt. Von dieser muß mit unbeirrbarer Festigkeit Gebrauch gemacht werden. Denn ebensowenig wie die Einwohnerwehr mit offenem Aufstand vorgehen kann, ebensowenig kann andererseits die Regierung mit Gewalt gegen die Einwohnerwehr vorgehen, solange diese fest auf ihrem Willen beharrt.

Im Ernstfall.

Ihr unter dieser Überschrift erschienener Artikel im Münchner „Völkischen Beobachter" gibt mir Veranlassung zu nachstehenden Zeilen.

Überraschend schnell ist die Frage der Entwaffnung der Einwohnerwehren in den Vordergrund gerückt. Unsere famose sogenannte preußisch-jüdische Regierung hat es nicht übers Herz gebracht, der Forderung der Entente, oder besser gesagt, der Juden der Pariser Loge Henri IV., ein „Nein" entgegenzuhalten. Im Gegenteil, es gewinnt durchaus den Anschein, als ob die Forderung Frankreichs nach Entwaffnung der Einwohnerwehr sehr den Wünschen der Berliner Drahtzieher entgegenkomme. Nun, vielleicht war es möglich, vorher von Loge zu Loge so ein kleines Geheimkurierchen zu senden. Die Einwohnerwehren bestehen doch nicht erst seit heute und gestern! Warum das energische Vorgehen Frankreichs in dieser Angelegenheit, gerade in dem Augenblick, in dem dieses Vorgehen eine wertvolle Unterstützung der Pläne gewisser Cohns bedeutet?

Bayerns Regierung hat gesprochen. An uns Einwohnerwehrleuten liegt es nun, den Worten der Regierung den nachhaltigsten Eindruck zu sichern.

Die Waffen, die uns anvertraut sind, sie dürfen unter keinen Umständen aus unserer Hand kommen. Herrschen erst einmal lange Jahre geordnete Zustände im Lande, bieten jahrelange, ruhige, aufbauende Tätigkeit Gewähr, daß die Ruhe im Lande von keiner Seite mehr gestört werden kann, dann — vielleicht — sind wir bereit, wegen einer Waffenabgabe mit uns reden zu lassen. Vielleicht ziehen wir es auch vor, diese Waffen auf unsere Enkel zu vererben, als ein heiliges Zeichen vaterländischer Not.

Heute die Waffen abzugeben, heißt, sich selbstmörderisch in den Rachen von Zuchthäuslern werfen. Dazu geben wir uns aber nicht her. Sollen wir auf dem Altare Judas geopfert werden, so sei es im heiligen Kampfe, mit der Waffe in der Hand, nie und nimmer aber lassen wir uns freiwillig schächten. Wer unsere Waffen will, der komme, sie zu holen. Noch haben wir nicht verlernt, was wir in fünfjährigem Kampf gelernt haben.

Ist das Verfassungsbruch? Nein und tausendmal nein. Verfassungsbruch ist es, was die Berliner Judenregierung uns zumutet. Verfassungsbruch ist es, uns unter die Knute bolschewistischer Zuchthäusler und Judenknechte zwingen zu wollen.

Hier gibt es nur eine Losung: bis zum letzten Blutstropfen einzustehen zum Schutze unserer Familien und des bedrohten Vaterlandes.

Heinrich vom See.

Gegen die Auflösung der Einwohnerwehr.

Wie die Tagespresse am 8. d. M. berichtet, hat der (wie lange noch?) Reichswehrminister Dr. Geßler den Arbeiterorganisationen unter anderen Zugeständnissen auch die Auflösung der Zeitfreiwilligenformationen, ferner der Einwohnerwehren zugesagt.

Bezüglich der Zeitfreiwilligen möchte ich mich nicht weiter verbreiten, sondern überlasse diese Frage berufeneren Leuten. Nur möchte ich mir zu bemerken gestatten, was wohl in den letzten Wochen, was wohl im vorigen Jahre in der Zeit der glorreichen Münchener Räterepublik ohne diese zuverlässigen Leute geworden wäre!

Nun aber zu den Einwohnerwehren!

Auch diese Einrichtung soll also aufgelöst werden, und zwar auf Befehl der Herren von der Linken, denen diese Einrichtung von Anfang an, was ja sehr begreiflich ist, ein Dorn im Auge war. Prompt wurde von Herrn Geßler die Auflösung zugesagt. Als der Schreiber dieser Zeilen die betreffende Zeitungsnotiz gelesen hatte, wußte er tatsächlich nicht, ob er lachen oder weinen sollte. Gerade der gegenwärtige Herr Reichswehrminister, der wie wohl wenige durch seine langjährige Tätigkeit in Bayern die bayerischen Verhältnisse, und zwar sowohl in Stadt und Land genau kennen sollte, der während der vorjährigen Münchener Räterepublik noch Nürnberger Oberbürgermeister war, gerade von diesem Herrn hätte man doch am wenigsten eine solche Zusage erwartet, umsomehr, als sich Herr Geßler vor wenigen Wochen **persönlich** in München davon überzeugen konnte, daß das organisatorische Auftreten und die Macht der Einwohnerwehr im Zusammenarbeiten mit den übrigen militärischen Organen München vor dem gleichen Schicksal wie Nürnberg, Berlin, Leipzig, Halle usw. bewahrt hat und nicht zu guter Letzt war gerade die gegenwärtige Zusammensetzung der Parteiangehörigkeit und Gesinnung der Wehrmänner dazu geeignet.

Darum Hände weg von der Bayerischen Einwohnerwehr!

Uns wurde nach der Neubildung der Regierung von dem Herrn Ministerpräsidenten von Kahr die Anerkennung für unsere Haltung während der schweren Tage nicht versagt, aber auch gleichzeitig betont, daß **kein Anlaß bestehe an der gegenwärtigen Zusammensetzung der Wehr etwas zu ändern.**

Wir vertrauen der gegenwärtigen Regierung und verlassen uns auf diese Erklärung, fordern aber gleichzeitig, daß jede Verfügung von Berlin bezüglich etwaiger Auflösung oder auch nur Reorganisation der bayerischen Einwohnerwehr mit einem ganz entschiedenen **Niemals** von der bayerischen Regierung beantwortet wird. Die Auflösung und Entwaffnung der Einwohnerwehr dürfte Folgen nach sich ziehen, die in ihrer Tragweite gar nicht abzusehen sein würden. Denn darüber wollen wir uns doch einig sein, daß die Auflösung oder „Reorganisation" dieser Einrichtung nach Berliner Vereinbarung innerhalb weniger Tage Herbeiführung von Zuständen, wie wir sie leider Gottes jetzt im Ruhrgebiet haben, zeitigen würde.

Ich glaube, daß uns die vorjährigen Apriltage noch zu gut im Gedächtnis sind, daß kein Mensch, der die damaligen Tage in München durchkosten mußte, derartige Verhältnisse nochmals herbeiwünscht. Aber ich glaube auch sicher zu gehen, wenn ich sage, daß die damaligen Zustände noch ganz bedeutend übertroffen werden würden, wenn den Elementen, die heute wie Raubtiere auf den günstigen Moment lauern, ihr Opfer zu fassen, nochmals dazu Gelegenheit geboten werden würde.

Über die Zwecke und Ziele der Einwohnerwehr ist sich ja jeder ehrliche und vernünftige Mensch klar, außerdem war ja in den letzten Wochen mehr als reichlich Gelegenheit gegeben zu beobachten, was erreicht werden soll: Ruhe und Ordnung, Schutz an Haus und Hof. Dagegen wird jede Einmischung in die Politik sowohl nach rechts als auch nach links abgelehnt.

Gerade unter den heutigen abnormen Verhältnissen wäre — und darin sind wir Wehrmänner uns jedenfalls vollständig einig — die Auflösung der Einwohnerwehr gleichbedeutend mit

Selbstmord. Schon aus diesem Grunde kann von einer Waffenabgabe unter gar keinen Umständen die Rede sein. Mag Herr Geßler seine Zusage, die er gegeben hat, für Preußen durchführen, die Folgen davon muß er selbst tragen. Dagegen erwarten wir mit Bestimmtheit, daß die bayerische Regierung eine etwaige diesbezügliche Berliner Verordnung ganz entschieden ablehnt und an der bisherigen Zusammensetzung der Einwohnerwehr nichts ändert.

Was das neueste Verlangen unserer französischen Peiniger in diesem Punkte anbetrifft, so möchte ich mich hierüber nicht näher äußern, sondern nur sagen:

„Laßt sie kommen und sich die Waffen holen."

Stehen wir in dieser Frage so fest, wie bei der Auslieferungsfrage unserer Führer, zeigen wir auch hier festes Rückgrat, dann kann uns nichts geschehen.

Frankreich will uns der letzten Stütze berauben, will mit Berechnung Anarchie und Bolschewismus nähren, um uns zu knechten und dann durch lügnerische Berichte Grund zur Besetzung weiterer Gebiete zu haben, um so seine Blutgier zu sättigen. Aber noch sind wir nicht so weit, wir müssen leben, wir können nicht unsere Frauen und Kinder dem Hunger, dem Verderben und Tod preisgeben. Darum heraus ihr Männer, die ihr die Ordnung und ehrliche Arbeit liebt, bleibt einmütig gegen eine solch neue Schmach. Gebe keiner die Waffe, die uns gegen Mord und Verbrechen schützt, aus der Hand. Unsere Losung sei: Lieber tot — als Sklave!

Ph. M.

Ausländer oder Rassefremde?

Von phil. K. Braßler.

Die vielbesprochenen Erlasse des Ministeriums des Innern und der Polizeidirektion geben Veranlassung, einmal die „Ausländer"-Frage anzuschneiden. Vorausschicken möchte ich, daß den Behörden, welche Erlasse ausarbeiten, die ins völkische Gebiet überschlagen, dringend zu raten ist, für die Zukunft Leute ins Vertrauen zu ziehen, die in solchen Dingen Erfahrungen und Kenntnisse haben. Es ist absolut nicht notwendig, ähnlich wie Herr Minister Hamm das hohe Roß zu reiten und glauben zu machen, man verstehe die Judenfrage aus dem Effeff, um sich schließlich gründlich zu blamieren. Und die Behörde vergibt sich wahrlich gar nichts, wenn sie sich um einen völkischen Beirat umsieht, und kein Mensch wird es ihr verdenken, wenn sie solche gern gewährte Hilfe in Anspruch nimmt.

Was erreicht wird, wenn Laienhände an solch gewichtigen Fragen rumdoktoren, sehen wir in dem Ausländererlaß der Regierung, der in gar keiner Weise befriedigen kann und in seiner Auslegung die verschiedensten Ansichten zu Rechte kommen läßt. Wenn man auch zugibt, daß die Behörden in der besten Absicht und in einer für die Völkischen sehr zuvorkommenden Weise an die Ausarbeitung des Erlasses herangegangen sind und natürlich erst Erfahrungen über seine Wirkung usw. sammeln müssen, so ist es doch eine sehr gewagte Sache, Unreifes und Unzulängliches dem Volke vorzusetzen. Lieber den Erlaß zurückziehen und durch einen besseren ersetzen, als auf seiner Basis fortwurschteln und doch nichts erzielen. Der jetzige könnte nämlich gerade das Gegenteil von dem erzielen, was eigentlich gewollt war.

Darum vor allem Klarheit! Wer ist Ausländer? Wer ist Rassefremder? Welche Stellung nimmt der Staatsbürger ein? Anscheinend hat man sich diese Fragen nicht genügend überlegt. Mir persönlich ist das Wort Ausländer verhaßt, weil es immer und immer wieder zu unheilvollen Mißverständnissen und Unklarheiten Anlaß gibt. Es wäre am besten, im rechtlichen Begriff das Wort „Ausländer" überhaupt auszumerzen. Ich weiß nicht, ob ich einen Deutschen, der zufällig im Auslande lebt, als Ausländer bezeichnen darf. Faktisch genommen, ist er es, sobald er außerhalb der Reichsgrenzen lebt. Dann nimmt er eben genau dieselbe Rolle ein, wie ein Deutschösterreicher oder Deutschtiroler oder sonst ein bisher als „Auslandsdeutscher" Bezeichneter. Wir dürfen nicht deswegen, weil zufällig am Inn eine Grenze gezogen worden ist und das eine Land hüben den Namen Deutsches Reich und das andere drüben den Namen Österreich bekommen hat, einen Unterschied zwischen Österreichern einerseits und Deutschen im Reichsland oder im Ausland anderseits machen. Menschenwillkür und Machtfragen scheiden hier aus. Bezeichnen wir kurz den in Reichsdeutschland Lebenden mit Inländer, gleichviel welchen Stammes er ist. Dann steht dem Inländer der Ausländer gegenüber. Drei Fälle sind hauptsächlich zu unterscheiden: 1. Die Inländer gehören verschiedenen Rassen an; 2. Inländer und Ausländer sind gleicher Rasse; 3. die Ausländer sind anderer Rasse als das Stammvolk der Inländer. Der letztere Fall scheidet von vorneherein aus dem Kreise unserer Betrachtungen aus. Wichtig sind dagegen die beiden ersten Fälle. Aus der ganzen Art der bisherigen Darstellung ist schon zu entnehmen, daß ein Operieren mit dem Begriff Ausländer zur Unfruchtbarkeit und Ergebnislosigkeit führen muß. Einzig und allein das Eingehen auf die Rassenfrage führt uns auf einen einwandfreien Weg, der zum Ziele führt. Aber es ist wie überall, man scheut sich, auf die Rassenfrage einzugehen, ist zu feige dazu, weil man glaubt, einigen Menschen eventuell wehe zu tun und opfert diesen lieber das Wohl des ganzen Volkes. Wir müssen uns endlich aufraffen und den Mut fassen und sagen, was uns am Herzen liegt. Zuerst kommt doch das Volk und die Stammesgemeinschaft und dann lange nichts mehr. Wir müssen uns auch klar darüber sein, daß unsere heutige Gesetzgebung und unser heutiges Recht von Anfang bis zum Ende durch und durch undeutsch, ja, dem deutschen Wesen geradezu zuwider ist. Und dieses Festhalten und Festklammern an dem unmoralischen und auch unsittlichen Recht von seiten der Behörden ist die wesentlichste Stütze der Volksfremden. Für die, und nur für die, ist das Römische Recht geschaffen. Machen wir uns einmal frei davon, und haben wir nur unser deutsches Volk, sein Wohl und Wehe im Auge!

Deutschgesinnte!
kauft Bücher bei der
Deutschvölkischen Buchhandlung
München, Thierschstraße 15

Ich habe also gesagt, man müsse, um zu einem klaren und befriedigenden Ergebnis zu kommen, die sog. „Ausländerfrage" vom Rassenstandpunkt aus betrachten und in Angriff nehmen. Dann ist sie auch sehr leicht zu lösen. Um es kurz zu sagen: Der Volksgenosse, der Gleichblütige, mit einem Wort: derjenige, für den in dem Taufschein bereits das Blutsbekenntnis abgelegt ist, hat innerhalb der Reichsgrenzen, ob er nun dauernder Inländer ist oder als im Ausland Lebender zeitlich wieder in seinen Mutterstaat zurückkehrt oder einem anderen christlich-deutschen Hoheitsstaat angehört, die gleichen Pflichten und Rechte. Wer folgerichtig ist, wird diese Forderung als ganz selbstverständlich erachten. Sie spricht natürlich dem heutigen Rechtszustand Hohn. Doch Rechte sind von Menschen gemacht und werden durch Menschen vernichtet. Nun die Kehrseite: Der Nichtvolksgenosse, der Rassefremde, der im deutschen Reichsland lebt, der geht sämtlicher Rechte verlustig. Er wird unter das Fremdenrecht gestellt, und wenn er sich zehnmal das Staatsbürgerrecht erworben hat. Für die Zukunft ist das eben ausgeschlossen. Es ist dabei völlig belanglos, ob der Rassefremde kurze Zeit oder schon jahrelang in Reichsdeutschland wohnt. Auch das widerspricht dem heutigen Gesetz.

Wir haben noch einen dritten Fall: Den Blutsgenossen, der mit Rassefremden versippt ist. Abgesehen davon, daß er damit einen Verrat am eigenen Blut begangen hat, nach altem germanischem Rechte also schwer strafbar sich gemacht hätte, ist es seine eigene Schuld, da ihn niemand zu solcher Handlung zwang. Er ist den Rassefremden gleichzustellen.

Das sind einmal die grundlegenden Darstellungen. Für den Augenblick handelt es sich jedoch nicht um diese weitgehenden Forderungen, es dreht sich nur darum, auf Grund dieser Darlegungen Stellung zu dem Ausländererlaß der Regierung und der Polizei zu nehmen. Wir Völkischen wollen — und haben unserem Willen bei den zuständigen Behörden schon mehrmals kräftigen Ausdruck verliehen, die Abschiebung der jüdischen Elemente, welche — vorerst — seit 1. August 1914 Deutschlands Grenzen überschritten haben. Uns ist es vollkommen gleich, ob der Jude inzwischen Staatsbürger geworden ist, ob er sich eine unabkömmliche Stellung ergattert hat, ob er den Nachweis der wirtschaftlichen Daseinsnotwendigkeit erbringen kann oder nicht. Wir stellen uns lediglich auf den Rassenstandpunkt. Wir wollen den Juden deshalb entfernt haben, weil er uns wesens- und artfremd ist, weil er das Volkswohl und das Volksglück überall und immer unterdrückt, weil wir, mit einem Wort, in unserem eigenen Interesse diese Art von Gästen nicht haben und nicht dulden wollen. Des weiteren darauf einzugehen und zu begründen, ist hier nicht notwendig. Ich verweise auf die Denkschrift der Deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft München an die Nationalversammlung, verfaßt von Schulrat Dr. Rohmeder.

Unsere Forderung ist klipp und klar und läßt keine Zweideutigkeit aufkommen. Wie wir uns nach Abschub der seit 1914 eingewanderten Juden (nicht nur Ostjuden!) zu den noch restierenden hier bleibenden Juden verhalten, hängt lediglich von dem mehr oder weniger taktvollen und bescheidenen Auftreten dieser als unseren Gästen ab. Darüber heute schon zu sprechen, ist verfrüht.

Wir verwahren uns aber mit aller Macht und mit allen Mitteln dagegen, daß man mit dem Ausländergesetz auch deutschblütige Österreicher, Balten, Siebenbürgen usw., trifft. Sie sind unsere Brüder, sie bleiben hier, gleichviel ob sie hier arbeiten oder studieren oder aus sonst einem Grunde hier anwesend sind und den Nachweis ihrer Hierseinsnotwendigkeit erbringen können oder nicht. Wir verlangen auch von den Behörden vollstes Entgegenkommen diesen Leuten gegenüber. Und wir werden nicht zögern, den Kampf auf der ganzen Front aufzunehmen, wenn man uns und unseren klaren Forderungen Schwierigkeiten machen wollte.

In Anbetracht des unglücklichen Erlasses müssen wir, damit er wenigstens im völkischen Sinne durchgeführt wird, verlangen, daß allen jenen Stellen, welche sich mit den Ausweisungen zu befassen haben, völkische Beiräte gestellt werden. Jedes Gesuch für Juden, gar von Juden muß von vorneherein zurückgewiesen werden. Ich bitte die Behörden, diese Ausführungen nicht als die des cand. phil. Karl Braßler zu betrachten, sondern als die, die die gesamte völkische Mehrheit vertritt. Ich bitte sie auch, im Namen der Völkischen, uns Gehör zu schenken und auf unser Fordern entsprechend Rücksicht nehmen zu wollen. Man treibe kein unverantwortliches Spiel mit einer gehetzten, belogenen und betrogenen Volksseele.

Nun noch ein kurzes Wort über Staatsbürger und Volksgenossen. Bei unseren Vorfahren waren Volk und Staat eine geschlossene Einheit. So muß es auch wieder werden. Die äußere Staatsordnung muß dem Volksgeiste entsprechen. Das wäre der wahre Volksstaat, der im Volk wurzelt und der das Volk über den Staat stellt. Wir haben zwar heute auch einen Volksstaat, den uns die glorreiche Judenrevolution gebracht hat, aber der hat kein Jota von dem, was dem alten deutschen Volksstaat zu eigen war, der ist gerade das Gegenteil von ihm, weil er den Staat über das Volk gestellt hat. Das Volk ist jetzt Untertane des Staates, und nur der hat die Macht, der im Staate und seinen Ämtern sitzt. Es ist nicht mehr so, daß das Volk der Inhalt und der Staat der Ausdruck der Volksordnung ist. Langsam und unmerklich haben sich die Verhältnisse und Begriffe geändert. Damit hängt auch zusammen, daß man den Staatsbürger mit dem Volksgenossen auf gleiche Stufe stellte, mit gleichen Rechten und auch mit gleichen Pflichten ausstattete. Jeder Volksgenosse, d. h. Blutgleiche aus dem Volk, ist selbstverständlich Staatsbürger, nicht jeder Staatsbürger aber Volksgenosse. Folglich ist Volksgenosse ein übergeordneter Begriff, mit dem auch ganz andere Dinge verbunden werden müssen. So war es noch zu Zeiten Friedrichs des Großen. Erst die 1848er Revolution hat diese Grundsätze endgültig beseitigt. Warum? Es dreht sich dabei hauptsächlich um die Juden, die früher nur geduldet und strengen Sondergesetzen unterworfen waren. Sie waren eben schon frühzeitig erkannt worden. Und schade, daß Wilhelm II. kein Friedrich der Große war. Die Juden sind deshalb auch die Träger der Utopiegedanken von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Nicht um die Freiheit und die Gleichheit der Deutschen handelt es sich, es geht um ihre eigenen Interessen. Und einen Gimpel haben sie ja gefunden, der auf ihren Lockruf hereingefallen ist. Kurz und gut, die Juden brachten es so weit, daß sie als Staatsbürger die gleichen Rechte wie die Volksgenossen genießen konnten. Sie brachten es sogar so weit, daß sie, weil sie noch Staatsbürger „jüdischen Glaubens" waren, besondere Vorrechte erwerben konnten, sei es auf wirtschaftlichem, geistigen oder religiösen Gebiete gewesen. Keiner der Verantwortlichen in den Behörden fragt sich aber, ob der gleichgestellte Fremdling Deutscher werden kann oder will. Ein jüdischer Staatsbürger kann

Deutschvölkische Weltanschauung.

Von Walter Loose.

Es wird immer als stärkster Beweis für den 1913 von Adolf Bartels festgestellten, von seinen ersten Anfängen an aufgezeigten und allseitig dargestellten deutschen Verfall[1], vor allem für den geistigen, gelten, daß das 1909 erschienene Werk dieses Dichters, Literaturgeschichtschreibers und Kulturpolitikers, „Rasse. Sechzehn Aufsätze zur nationalen Weltanschauung" betitelt (trotz des erfreulichen, rührigen Eintretens der deutschvölkischen Partei dafür) so wenig Beachtung in ganz Deutschland fand.

1920 ist die dem Deutschbund gewidmete zweite Auflage erschienen, unter dem Titel „Rasse und Volkstum" (320 Seiten Großoktav, Al. Duncker, Weimar, geh. M. 10, geb. M. 13 und Zuschlag). Sie enthält 13 Aufsätze mehr als die erste: 1 und 18—26 waren bereits vollständig in Zeitschriften erschienen, 27 und 29 nur zum Teil bisher veröffentlicht, 28 und die Einleitung die eine „kurze Geschichte der Ausbildung des Rassebegriffs im allgemeinen und der Lehre von den Germanen im besonderen" bringt, erscheinen zum ersten Male gedruckt. Wir Deutschvölkischen haben, wenn wir uns die bittersten Vorwürfe ersparen wollen, mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln, durch Referate, Aufsätze, in Gesprächen und Briefen für die Verbreitung zu sorgen. Es wäre eine Schmach, wenn nicht binnen Jahresfrist wenigstens jeder Deutschvölkische selber es daheim als Eigentum und auch wirklich durchgearbeitet hätte. Der Leser lernt, was in dieser begriffsverwirrten Zeit so not tut, die Unterschiede kennen zwischen konservativ und liberal, Kultur und Zivilisation, deutschem und jüdischem Demokratismus, Patriotismus und Nationalismus, Chauvinismus und Rassenstolz, ästhetischer Bildung und ästhetizistischem Getue, Weltanschauung mit religiösen Elementen und wirklicher Religion, er weiß, was unter Heimatkunst zu verstehen ist und welche Bedeutung ihr gerade heute zukommt, er erkennt, daß unsere deutsche Zukunft Deutschchristentum heißt, und ruft am Ende: „Volkstum ist alles, nichts zuletzt die Zeit!" Ich möchte Adolf Bartels (er will es aber nicht sein, sieht sich immer als Laien in dieser Hinsicht an) einen Rassenphilosophen nennen, und zwar erscheint er mir als ein weit schärferer Geist als Eugen Dühring. Er sieht innerhalb der durch geschichtliche Schicksale zusammengeschmiedeten Nation gutrassige und schlechtrassige Elemente, gelungene Mischungen, charakterlosen Mischmasch und eingesprengte Fremdkörper. Das Wort „germanisch-rassenhaft-bestimmt", das heute in der Rassewissenschaft gang und gäbe ist, stammt von ihm, taucht in diesem Werke zum ersten Male auf. Überall will Bartels die gute Rasse entscheiden lassen und stellt einen gutrassigen Arbeiter ohne weiteres über einen schlechtrassigen Adeligen. „Die in diesem Buche vereinigten Aufsätze", so sagt er in der Einleitung, „sind alle durchaus praktischer Natur und bezwecken weiter nichts, als auf die Wichtigkeit der Rassenprobleme auch auf dem Gebiete höherer Kultur hinzuweisen und das Rassegefühl neu zu erwecken. Das halte ich für durchaus notwendig in unserer Zeit, jetzt, nach der Revolution, die die ‚internationalen' Elemente zur Herrschaft gebracht hat, erst recht. Ich bin der festen Überzeugung, daß wir durch den allseitig durchdachten Rassebegriff eine neue Weltanschauung erhalten und durch diese eines Tages alle unsere Feinde, vor allem das Judentum, besiegen werden. Qui virra, verra." So kann man den großen Dithmarscher auch in keine der politischen Parteien (die er übrigens für überlebt hält; für ihn gibt es nur zwei: hie Judenfeinde, hie Judenfreunde) einordnen, wohl aber hat jeder Politiker, jeder Minister, vor allem Kultusminister heute das Werk zu studieren, er kommt, wenn es ihm wirklich um das deutsche Volkstum, dessen Erhaltung und Stärkung zu tun ist und nicht noch immer um Handel und Wandel, um Geldbeutelpolitik, durchaus nicht um das große Werk herum. Es ist eine der hohen Aufgaben desselben, den „großen Riß" zu schließen, der, wie in Aufsatz 13 ausgeführt wird, seit langem schon zwischen dem radikalen, vom Boden des Volkstums und der Geschichte losgelösten, und dem konservativen, an ihm haftenden Teile unseres Volkes klafft. Um allen Deutschen die rechte Anschauung vom Werte des Faktums Rasse zu geben, erhofft er, siehe Nummer 12, „Das Buch vom deutschen Volke". Ob die Gobineau-Gesellschaft die ihr 1906 anempfohlene hehre, aber schwere Aufgabe in Angriff genommen hat?

Damit kommen wir zu den neuen, starken, weit in die Zukunft weisenden Ideen des Volkes, zu Winken und Anregungen. Auch hier muß ich leider mich kurz fassen. Neben dem Buche vom deutschen Volke fordert Bartels als gerade in der Gegenwart notwendig in dem Aufsatze „Nota judaica" das „Buch vom Judentum" und gibt auch mehr als das nötigste für dessen Abfassung. Das Theater will er dem Kultusministerium unterstellt wissen. Auf die von ihm schon vor dem Kriege im Osten ersehnten Militärkolonien will ich vor allem noch hinweisen, auch darauf, welche Aufgaben er z. B. der ethnologischen und historischen Rassenforschung stellt. Besonders „Rassenzucht" ist reich an praktisch durchführbaren Vorschlägen. Jeder Deutsche kennt nach dem Lesen des Werkes die ihm zukommenden Aufgaben, der junge, strebende, der Mann vor der Verlobung und Hochzeit, der Gatte und Vater. Auch die Stände (Bartels will wieder organische Gliederung und ständische Vertretung) sehen klar, worin ihre Bedeutung beruht und worauf es jetzt und immer ankommt, wenn ein ganzes Volk gesund bleiben will, so auf dem Lande der Adel, der Großgrundbesitzer, der Großbauer, der Bauer, der ländliche Arbeiter. Eine Doktordissertation wäre die in der Einleitung geforderte gründliche Arbeit über den trefflichen, bisher verkannten Wolfgang Menzel.

Es werden noch andere Verkannte ins rechte Licht gerückt, auch gewaltige Aufräumungsarbeit leistet Bartels. Noch heute nicht sind Ernst Moritz Arndt und Friedrich Ludwig Jahn voll ausgeschöpft; noch heute spielt der Jude Heine seine verhängnisvolle Rolle, allerdings nur noch unter den Durchschnittsdeutschen; das Judentum ist es, das den Liberalismus und Demokratismus, die beide ja längst überwunden sind, noch künstlich am Leben erhält. Lapidar steht der Satz

[1] „Der deutsche Verfall", Vortrag, erschien Frühjahr 1913, 2. Auflage Herbst 1913 mit dem Anhang: „Fr. Naumann und der Liberalismus", 3. Aufl. 1919 im Eis-Verlag, Zeitz, unter dem Titel „Der deutsche Verfall und der Zusammenbruch".

Reproduced from poor material

niemals und nirgends Volksgenosse werden. Dazu sind die geistigen und leiblichen Gegensätze zu den anderen Völkern unüberbrückbar. Was anderes aber ist es, wenn ein Nordfranzose, ein Holländer, ein Schwede oder Däne zu uns kommt. Der kann sich so einbürgern, daß er tatsächlich Volksgenosse wird. Er ist ja ein Glied der großen germanischen Volkheit, als Franke, als Schweizer oder Nordmann, und ist darum, obwohl er im staatsbürgerlichen Sinne Ausländer ist, Volksgenosse, bevor er überhaupt Staatsbürger wird.

Diese kurzen, einführenden Betrachtungen möchten vorerst genügen. Es wird sich noch Gelegenheit bieten, auf einzelne Kapitel genauer einzugehen. Vor allem sei damit zu dem Ausländererlaß ein grundlegender Kommentar gegeben, der hoffentlich seine Wirkung nicht verfehlen wird.

Jüdische Frontsoldaten.

Der Aufruf des neuen Judenvereins zeigt, wie das Judentum nach wie vor in Lüge, Verdrehung und frecher Überhebung in Deutschland dem Deutschen als Fremdkörper gegenübersteht. Was uns Deutschen als selbstverständliche, heilige Pflicht erschien, der Dienst fürs Vaterland, dem Juden dient es, nachdem er, unvermeidlichem Zwang sich fügend, die gehaßte Dienstpflicht auf sich nehmen mußte, sich zu brüsten und Kapital für seine Zwecke daraus zu schlagen — gegen die Deutschen. Hätten sich aber noch mehr Juden gedrückt, als sie es so schon in so ungeheuerlich landesverräterischer Art — in wohlorganisierter Weise! — taten, hätte das dem deutschen Michel doch die Augen soweit geöffnet, daß das dem Faß, das die jüdische Schamlosigkeit und Frechheit immer wieder zum Überlaufen bringt, den Boden längst ausgeschlagen hätte. Wir haben da z. B. ganze Berge von Gesuchen Münchener Juden aus — alteingesessenen Familien, die alle „nachuntersucht" zu werden verlangten, als sie „kv." geschrieben wurden — immer nach demselben System. Jüdische Stabsärzte gab es ja hier in der Stadt genügend, so daß diese Anträge immer von Erfolg waren. Hätten die Staatsbürger nichtjüdischer „Konfession" aus den alteingesessenen Familien in gleicher Weise „bewiesen", daß sie entgegen dem ärztlichen Befund nicht kv. waren wie die Hebräer — nota bene die „alteingesessenen" —, es systematisch betrieben, hätte München gewiß recht kurze Verlustlisten zu verzeichnen gehabt.

Daß sich aber die unverschämten Judenjungen, die während der letzten Märztage mit allen Mitteln die schamloseste Hetze betrieben, noch öffentlich und der Regierung gegenüber beschweren, wenn einige dieser frechen Hebräerbuben wohlverdiente Ohrfeigen bekamen, zeigt, wie dieses Gesindel alles zu verdrehen und aus allem Kapital zu schlagen sucht. Vor den famosen Anschlägen des Zentralorgans der jüdischen „Staatsbürger", den verlogenen „M. N. N.", waren allerorts diese frechen Judensprößlinge tätig, gegen die anderen Reichswehrsoldaten und besonders die Zeitfreiwilligen, denen wir heute nicht genug Dank wissen können für ihren Opfersinn, in der gemeinsten, niederträchtigsten Weise zu hetzen. Uns wurden zahlreiche Beschwerden darüber mitgeteilt, wir erwarteten aber vom gesunden Menschenverstand der Münchener daß sie selbst diesen Schlawinern genügend handgreifliche Belehrungen erteilen würden, wie es ja vielfach geschehen zu sein scheint. Zwei als Angehörige der „Licaria" bezeichnete Judenlümmel schrien z. B. überall aus, sie seien „bisher auch" bei der Reichswehr gewesen, aber jetzt dürfe ein anständiger Mensch nicht mehr unter diesem Gesindel bleiben, jeder müsse gegen die Wehr und die Zeitfreiwilligen sich einsetzen. Auch diese fremdrassigen Söhne alteingesessenen Schlages — denn Schlawiner aus Galizien sind doch an unserer Universität hoffentlich nicht zugelassen — erhielten recht deutliche Antworten für ihr hochverräterisches Hetzen. Heute erscheinen sie im Schutz der — „jüdischen Frontsoldaten". Wer ist das eigentlich, diese neue Hebräerorganisation in Bayern? Man kann über den unglaublich unverfrorenen, verlogenen Irreführungsversuch eigentlich — erfreut sein, er schneidet

Fragen an, die leider wieder in Vergessenheit gerieten. Aber der augenblickliche Erfolg ist für die Judenjungen auch nicht erbaulich. Was sagt man in München zu dem Geseires? „Ja, dös gibt's a? Jüdische Frontsoldaten? Da schaugst! I war vier Jahr draußen, aber koanen Schlawiner von dera Rasse hab i nimmer g'segn —, die wo aber in der Schreibstube und in der Intendantur g'hockt san, die Bazi, die ausgefressenen, dös san die Juden g'wen. 's eiserne Kreuz hab'n s' dafür erschwindelt, selbst 1. Klasse hat die Bagasch da — — — „erworben", die Schiebergesellschaft, die mistige."

So sprach ein „Frontsoldat" nichtjüdischen Glaubens —, aus seiner Pflichterfüllung hat er keinen „öffentlichen Aufruf" gemacht. —

An die Regierung richten wir indessen das dringende Ersuchen, diesem verschwindend kleinen, fremdrassigen und — wie sich immer wieder zeigt — fremdartigen Bruchteil unter der Bevölkerung Bayerns, endlich einmal klar zu machen, daß sie nicht immer vordringlich und mit herausfordernder Überhebung als tonangebender Staat im Staate und als Überwachungsbehörde der Regierung und des öffentlichen Lebens sich gebärden möchten —, die Geduld des bayerischen Volkes geht zu Ende!

Immer nur Juden — Juden — Juden —; überall dreht sich aller Spektakel um dieses Fremdvolk! Ehe die Juden nicht gründlichst in die Schranken zurückgewiesen sind, wird es in Bayern niemals Ruhe und Frieden geben.

Und was wir noch fordern von der Regierung — eine genaue Statistik:

„Wie viele Juden gibt es in Bayern, die

1. kriegsblind wurden?
2. Arme und Beine verloren?
3. und wie viele fielen?

Staunen wird man über das Ergebnis, das dem Dümmsten die Augen öffnen wird.

Dem Schwindel zwischen jüdischer „Rasse" und jüdischer „Konfession", mit dem Juda je nach Bedarf zur Verschiebung und Verdunkelung der Verhältnisse und zur Täuschung des dummen Michel „operiert", soll einmal dabei etwas auf die Finger gesehen werden.

— — — Man wird über das Ergebnis staunen, es wird eine gewaltig deutliche Sprache sprechen über die jüdischen Frontsoldaten!

Der Kampf gegen den „Völkischen Beobachter"

Die riesige und von Woche zu Woche steigende Ausbreitung des „Völkischen Beobachter" ist allen Gegnern der deutschvölkischen Bewegung ein Dorn im Auge. Das verhaßte Blatt muß deshalb mit allen Mitteln bekämpft werden. Da aber sachlich gar nichts vorgebracht werden kann, da der „Völkische Beobachter" nur rückhaltlos für offene Darstellung der Wirklichkeit zu haben ist, werden alle möglichen und unmöglichen Schauer- und Schwindelnachrichten in die Welt gesetzt: Vom Hochverrat bis zum Banknotenfälschen wird es wohl bald nichts mehr geben, was man nicht dem „Beobachter" in die Schuhe schiebt. Wir sind über solche Anwürfe meist mit der Verachtung hinweggegangen, die unseren Gegnern gegenüber am Platze ist. Aber es gewinnt den Anschein, als ob diese sich dadurch gesichert fühlen, und berechtigt, bei jeder Gelegenheit den „Beobachter" in den Kot zu ziehen.

Wir greifen zwei Fälle heraus:

Israelitische Kultusgemeinde Rosenheim. Diese hat gegenüber mehreren Rosenheimer Blättern gegen den Schriftleiter des „V. B." den Vorwurf erhoben, er stehe unter Kuratel.

„Süddeutsche Presse". Diese hat behauptet, in der Redaktionsstube sitze ein Herr, der riesige Schiebereien gemacht habe und dem auch andere Geschäfte zweifelhafter Art zur Last gelegt werden.

Da wir auf eine Berichtigung in einem Blättchen, wie es die „Südd. Presse" ist, gar keinen Wert legen, da ferner diese Angriffe bei solchen, die der deutschvölkischen Bewegung noch ferne stehen, ein gewisses Vorurteil erwecken könnten, haben wir im Interesse der völkischen Sache Klage gestellt.

Kleine Nachrichten.

Die Werbestelle der amtlichen technischen Nothilfe befindet sich nach wie vor: Leopoldstraße 13; die Werbestelle des Bayerischen Ordnungsblockes und seiner technischen Ordnungshilfe: Elisenstraße 5, Pension Feldhüter.

Der Deutschnationale Männergesangverein hält seine Proben regelmäßig jeden Mittwoch, abends halb 8 bis halb 10 Uhr im Vereinsheim, Restaurant „Hindenburg" (früher Weinrestaurant „Scherzl"), Bräuhausstr. 5/1, ab. Gäste aus dem Kreise deutschnationaler Verbandskollegen sind herzlichst willkommen. Stets Neuaufnahme von Mitgliedern. — Donnerstag, 13. Mai, hält der Verein seine Maifeier mit Tanz im großen Saale des Hofbräuhauses.

Gedächtnismarken.

Zum Gedächtnis der deutschen Volksgenossen in den verlorenen Gebieten vertreibt jetzt der „Deutsche Schutzmarken-Verein" vier neue Marken (zu je 5 Pf.) und vier Karten (zu je 15 Pf.). Von diesen Marken zeigt die eine den Raub einer Vogelmutter und das Nest mit der verwaisten jungen Brut, die andere das Straßburger Münster, die dritte die stolze Marienburg in Westpreußen als Wahrzeichen der uns entrissenen Ostgebiete und die vierte den Kopf des Großen Kurfürsten von Brandenburg-Preußen mit seinen Worten: „Möge aus unseren Gebeinen dereinst ein Rächer erstehen!" Jene Verschlußsiegel verkörpern die vier geraubten deutschen Grenzmarken in West, Nord, Ost und Süd: Straßburg (karmin), der Hamburger Bismarck — Roland (blau), die Marienburg (grün) und das Andreas-Hofer-Denkmal in Innsbruck (veilchenfarben). Dazu kommen noch drei weitere bunte, sozusagen Hoffnungsmarken (je 2 Pf.), die eine die Vereinigung mit Deutschösterreich darstellend, die andere mit einem Sonnenwendfeuer und der Aufschrift „Heil Sonnenwende!" und die letzte eine flämische. Alle diese Sachen sind zu beziehen von Dr. Winterstein, Kassel, Humboldtstraße 30, Postscheckguthaben 6783, Frankfurt a. M.). Der „Schutzmarken-Verein" hat schon einen großen Erfolg gehabt. Er versendet auch Lesezeichen, geschmückt mit den verschiedensten Gedenkmarken (das Stück zu 20 Pf.). Schließlich hat er die beliebten und längst völlig vergriffenen Kriermarken (10 Pf.) und -karten (20 Pf.) in blau und gold wieder neu aufgelegt.

Aus dem Gerichtssaal.

Russische Geldschieber

die bei einer Razzia in Hotels am Bahnhof Friedrichstraße in Berlin festgenommen und im Besitze von über 800 000 Rubeln waren, mußten sich nunmehr wegen Vergehens gegen die Verordnung vom 15. März 1919 betr. den Verkehr mit russischen Zahlungsmitteln vor dem Schöffengericht verantworten. Der Kriminalpolizei war mitgeteilt worden, daß sich in den Hotels der Friedrichstadt zahlreiche russische und galizische Geldschieber aufhalten, die hier allerlei unsaubere Geschäfte machen und die deutsche Valuta noch weiter herabdrücken. Eine Razzia führte zur Festnahme der Händler Simon, Braute, Garbäty, Aronstamm und Feibisch. Bei Simon wurden 300 000 Rubel, bei Braute 127 000 Rubel, bei den übrigen geringere Beträge vorgefunden und beschlagnahmt. Das Geld war in Zeitungspapier und schmutzige Lappen eingewickelt. Vor Gericht machten die Rechtsanwälte geltend, daß die Reichsbank Ausnahme von den Vorschriften des Gesetzes zulassen könne und daß die Angeklagten offenbar in Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen gehandelt hätten, so daß die sogenannte Irrtumsverordnung (Lex Schiffer) in Anwendung kommen müsse. Das Gericht kam zu einer Freisprechung und sofortigen Freigabe des Geldes, da den Angeklagten der gute Glauben nicht abzusprechen sei. — Gegen das unerhörte Urteil ist von der Amtsanwaltschaft Berufung eingelegt worden.

Unterm Scheinwerfer.

Eine völkische Alpenvereinsgruppe.

Die Alpenvereinssektion „Turner-Alpen-Kränzchen München e. V." hat auf der letzten Hauptversammlung beschlossen — nachdem inoffiziell Juden auch bisher schon von der Aufnahme ausgeschlossen waren — nunmehr die Aufnahme von Mitgliedern auch satzungsgemäß auf „Alpenfreunde arischer Abkunft" zu beschränken und einen entsprechenden Zusatz in die Satzungen aufzunehmen.

Der „Schwabe" der Münchner Neuesten Nachrichten.

Der „Schwabe" der Münchner Neueste Nachrichten".

Eine ganz liebliche Leistung bringen die „Münchner Neuesten Nachrichten" in der Abendausgabe vom 31. März 1920, S. 2. Dort schreibt das edle Blatt in einem Artikel: „Persönliches aus dem Leben Albert Einsteins" also:

„Einstein stammt aus schwäbischem Geschlecht, also aus jenem Stamm des deutschen Volkes, der schon immer die tiefsten Denker und Dichter hervorgebracht hat."

Wir denken, alle aus schwäbischen Geschlechtern Stammenden werden sich gegen diese Darstellung verwahren: Einstein ist Jude, er stammt einzig und allein aus hebräischem Geschlecht; wenn seine Eltern Württemberger waren, so waren es höchstens „württembergische Staatsbürger jüdischer Konfession" — aber noch lange keine Schwaben und keine Deutschen, wenigstens keine „Deutschen" in dem Sinne, wie wir diesen Begriff aufgefaßt wissen wollen. Und besonders Herrn Einstein, diesen Tamtamschläger und echt jüdischen Reklamehelden, den werden sich alle wirklichen Schwaben deutscher Abstammung doch wohl nicht als Volksgenossen und Landsmann aufhängen lassen wollen!

Aber natürlich, die „Neuesten" nehmen es nicht so genau, und ihnen mag auch ein „Einsteiner" als Volksgenosse recht sein!

Aber wir wirklichen Deutschen haben da doch noch auch mitzureden!

Schrifttum.

Bücherbesprechungen.

Von „Deutschlands Erneuerung", der großen nationalen Monatsschrift (J. F. Lehmanns Verlag, München; Schriftleiter Dr. E. Kühn; Preis für das Einzelheft M. 2.75) ist das Aprilheft erschienen. Eröffnet wird es durch einen Aufsatz von Professor August Eigenbrodt, betitelt „Der reichsdeutsch-österreichische Neutralitätsvertrag vom 18. Juni 1887". In ihm legt der Verfasser die Grundlagen der Bismarckschen [illegible] dieses Meisterstückes eines Vertrages klar und zieht für die Gegenwart geradezu vernichtende Schlüsse. — Der Wiener Generalstäbler General Krauß untersucht in der Abhandlung „Der Treueid des österreichisch-ungarischen Soldaten" die Frage, inwieweit der ehemalige k. und k. Offizier durch den seinerzeit dem Exkaiser Karl geleisteten Eid heute noch gebunden wäre. — Dr. Walther Tiel betrachtet in dem Aufsatz „Der deutsche Arbeiter und das Judentum" die Judenfrage vom Standpunkt des deutschen Arbeiters und füllt mit seiner Arbeit wirklich eine fühlbare Lücke aus, da der Antisemitismus bisher auf die Gefühls- und Gedankenwelt des Handarbeiters viel zu wenig Rücksicht nahm. Der hochbedeutsame Aufsatz erscheint auch als besondere Flugschrift. — Der Volkswirt Franke bringt ganz neues Material über „Dividenden und Löhne in Friedensjahren". — Schriftleiter Dr. E. Kühn beleuchtet im „Bild der Lage" die Gefahr des Bolschewismus, insbesondere des Bolschewismus in Deutschösterreich, und behandelt im Anschluß daran die ganze Anschlußfrage [illegible] auch den Fall Kapp mit erfreulicher Deutlichkeit.

Um meinen Laden auszunützen, suche Waren auf Kommission, feste Rechnung oder Vertretung zu übernehmen. Anfragen erbeten unter Nr. 840 an die Anzeigen-Abteilung.

Das grundlegende Werk über den Wiederaufbau im deutsch-christlichen, völkischen Sinne ist

Das kommende Reich

Von F. Schrönghamer-Heimdal

Haas & Grabherr, Verlag, Augsburg

Preis M. 7.— und 10 % Teuerungszuschlag

Dieses [illegible] Buch, wie Dietrich Eckart [illegible]